

Rede von Andreas Schubert im Stadtrat am 16.06.2017 sowie Änderungs- und Ergänzungsantrag zum Haushalt 2017, DS 1/2017

Vorwort: Haushalt ist wichtigster Beschluss des Stadtrates – in Zahlen gegossene Politik.
Und deswegen muss heute auch eine politische Bewertung vorgenommen werden:

Das was wir in den letzten Jahren hier vorgelegt bekommen haben, hat auch in diesem Jahr keine grundsätzliche Verbesserung erfahren:

Trotz einschneidender Maßnahmen, wie Steuererhöhungen, Gebührensprünge zuletzt beim Friedhof und im Hofwiesenbad, Leistungskürzungen und trotz einer Besserstellung der kreisfreien Städte im Kommunalen Finanzausgleich ist auch der Haushaltsplan 2017 ein Beleg dafür, dass unser Gemeinwesen nicht auskömmlich finanziert ist. Der jetzige Haushaltsplan weist dafür einen Abstand von rund 6 Millionen Euro aus. Fast 6 Millionen Euro Bedarfszuweisungen sollen den HH in diesem Jahr ins Gleichgewicht bringen. In dieser Größenordnung ist keine Ausgabe zu erkennen, wo die Gera über seine Verhältnisse leben würde und deshalb bleibt es wichtig und richtig, dass unsere Stadt im Bündnis mit vielen Kommunen aus der ganzen BRD für eine gerechte Finanzausstattung der Kommunen kämpft. Da hört man allerdings von Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, bisher nur sehr wenig – gar nichts. Nutzen Sie den bevorstehenden Deutschen Städtetag um hier ein deutliches Signal an die Verantwortlichen, insbesondere in der Bundesregierung, zu senden.

Auch in Bezug auf die Perspektiven unserer Stadt vermissen wir aktives Handeln von Ihnen Frau Oberbürgermeisterin. Entgegen aller Ankündigungen, die zweite Hälfte ihrer Amtszeit würde jetzt zu einer aktiven Phase ist die Bilanz auch mit Blick auf das vergangene Jahr ernüchternd. Es gibt keinen Plan, keine Vision, wie und wohin Sie Gera entwickeln wollen, welche Bereiche gezielt gestärkt und gefördert werden sollen, weil sich damit unsere Perspektiven verbessern.

Womit Frau Dr. Hahn soll sich eigentlich die Erinnerung an ihre Amtszeit verbinden???

Wenn in Gera tatsächlich was passiert, dann ist dies oft genug den Initiativen einzelner Unternehmen geschuldet, wie zuletzt die Ansiedlungsentscheidung eines Möbelhauses, als das es Ergebnis kontinuierlicher Bemühungen im Rathaus ist. Hier fehlt ganz offensichtlich der Plan die Stadt nicht nur gut zu verwalten geschweige denn Gera zu entwickeln.

Stattdessen erkennen wir an vielen Stellen nur Stillstand und indiskutable letzte Plätze wie etwa beim Hochwasserwiederaufbau. Dem glücklichen Umstand, dass das Land eine Fristverlängerung für die Abarbeitung der Hochwasserschäden bis Ende 2017 eingeräumt hat, versetzt uns (vielleicht !) in die Lage alle Mittel zu nutzen und die Maßnahmen komplett

bis zum Jahresende abzuschließen – eine letzte haben sie ja erst diese Woche gefunden und dem Stadtrat noch als Nachreichung in den HH-Plan geschrieben....

2013 versprochen sie vollmundig – also nach dem Hochwasser - Schulen und Sportstätten zuallererst wieder aufzubauen... Im Vereinssport löst diese Erinnerung bei Betroffenen der jahrelangen Verzögerungen heute bestenfalls noch ein müdes Lächeln aus.

Frau Oberbürgermeisterin immer wieder haben Stadtratsmitglieder und zwar nicht nur in der Linksfraktion den Eindruck, sie verwalten sich und ihre Mannschaft nur selber und ansonsten legt sich viel Mehltau über unsere Stadt. Von der Aufbruchsstimmung vor 10 Jahren zur BUGA ist jedenfalls kaum noch was zu spüren und das hat nicht nur mit der Oberbürgermeisterin zu tun aber eben auch. Gera braucht deutlich mehr als plakative Politik aus dem Rathaus gegenüber dem Land, sondern konkrete Konzepte und Ideen, Vorschläge die mit der Regierung verhandelt werden können. Das erwarten nicht nur die Einwohner unserer Stadt von Ihnen, sondern auch Ministerpräsident Bodo Ramelow, wie in dem heute verteilten Antwortschreiben auf ihr sogenanntes schwarzes Buch zu lesen ist.

Und was aber dem ganzen dann noch die Krone aufsetzt und damit wirklich jede Bemühungen zum Kompromiss im Interesse der Einwohner unserer Stadt den Boden entzieht, weil das Vertrauen zerstört wird, das ist dieser Arbeitsstil dass wiederholt an den Beschlüssen des Stadtrates vorbei oder gar ohne agiert wird, wie wir das zuletzt beim GVB-Darlehen erleben mussten. An den Mitwirkungsrechten des Stadtrates vorbei wurden hier Tatsachen geschaffen. Verstöße gegen Kommunalrecht, gegen GO und Hauptsatzung werden von Ihnen offensichtlich geduldet, wenn nicht sogar stillschweigend gebilligt. Ein Bürgermeister, der noch im Dezember hier behauptet hat, es wäre alles rechtens, der Stadtrat hätte nicht beteiligt werden müssen bei 17 Mill. Entscheidung, der kommt selbst durch ein Schreiben der Rechtsaufsicht, welches einen Verstoß gegen die Hauptsatzung schriftlich bestätigt, nur zur Erkenntnis, nicht ausreichend informiert zu haben. Und was machen Sie? Haben Sie daraus Konsequenzen gezogen? Nein! Sie bringen heute den Haushalt mit einem Wirtschaftsplan des GVB ein der dieses nicht kommunalrechtlich legitimierte Darlehen quasi indirekt bestätigen, manifestieren soll. Der Stadtrat soll also dieses eigenmächtige illegitime Handeln des Bürgermeisters heute heilen, obwohl noch keine Entscheidung getroffen wurde, ob der Stadtrat überhaupt ein solches Darlehen für sinnvoll hält. Das ist kein seriöser Umgang mit dem Stadtrat und schon gar nicht mit kommunalem Eigentum. Wir wollen als LINKE eine nachhaltige Finanzausstattung für den GVB neu, damit dieser seinen Aufgaben insbesondere auch bei Investitionen gerecht werden kann. Dies ist mit dem Darlehen deutlich in Frage gestellt, wie wir letzte Woche hier öffentlich erörtert haben. Ja selbst der Bgm weiß das ja heute nicht mehr – letzten Donnerstag – er braucht erst mal neue Zahlen. Dem Wirtschaftsplan der mit der Aufforderung des AR die

Finanzierung zu überprüfen dem Stadtrat zugeleitet wurde, werden wir als LINKE so nicht zustimmen und deswegen stellen wir dazu einen Änderungsantrag zum HH, den ich am Schluss verlese.

Und damit komme ich auf das Zahlenwerk zu sprechen:

Ich beginne mit dem Ablauf der diesjährigen HH-Diskussion:

– Verfahren sollte eigentlich laut ursprünglichem Vorschlag der OB schon am 16. Februar abgeschlossen werden – ein Unding, wie die Die Nachreichung neuer Änderungen durch die Verwaltung in dieser Woche belegt. Den Stadtratsmitgliedern ist die Austauschvorlage erst 24 Stunden vor der Beschlussfassung zugeleitet worden – ein Verfahren, was sicher in kaum einer anderen Kommune in Thüringen so praktiziert wird. Damit wird die ehrenamtliche Arbeit der Stadträte nicht nur erschwert, sondern für die meisten praktisch unmöglich gemacht. Dies muss Folgen für einen Ablaufplan der künftigen HH-Debatten haben, wenn die Stadträte ihrem Mandat Rechnung tragen wollen.

– Gleichzeitig ist es aber in dieser Haushaltsdiskussion tatsächlich gelungen die Verwaltung von Veränderungen, Verbesserungen des Haushaltsplanentwurfes zu überzeugen und dies möchte ich hier für DIE LINKE auch anerkennen.

DIE LINKE hat sich in dieser HH-Debatte dafür eingesetzt, dass insbesondere bei den Investitionsplanungen für Schulbauten nicht wieder hinter die im vergangenen Jahr verabredete Zeitschiene zurückgefallen wird – was noch im Dezember von der Verwaltung vorgesehen war. Und gemeinsam mit den Betroffenen aus den Schulen waren wir erfolgreich bei der Darstellung welche Konsequenzen dies hätte. Diese Veränderungen machen sich insbesondere an der Investitionsmaßnahme zur Erweiterung des Liebe-Gymnasiums fest, die nun noch in diesem Jahr mit der Planung begonnen und 2019 mit der Bauphase abgeschlossen werden soll. Auch für die Regelschule 4 wird mit dem HH 2017 nun der Investitionsstart verankert. Das mit einem Beschlusspunkt nun die neuen Investitionspässe für verbindlich erklärt werden, ist kommunalrechtlich überflüssig, weil schon der Haushaltsplan an sich verbindlich ist – was aber im vorigen Jahr auch nicht zur Umsetzung aller Vorhaben geführt hat – im Gegenteil.

Insgesamt sollen dieses Jahr 24 Millionen Investitionen hauptsächlich an Schulen und in Hochwasserwiederaufbaumaßnahmen fließen. Das sind rund 5 Millionen mehr als im Plan für 2016 standen. Allerdings sind voriges Jahr nur 11 Millionen realisiert wurden: Für 2017 muss das ein deutlich höherer Prozentsatz werden. Die Verwaltung, Frau Oberbürgermeisterin, muss deutlich schneller werden, denn bei den Schulen kann und darf nichts mehr abgeschnitten werden:

– Investitionsstau an Schulen erlaubt keinen weiteren Aufschub – Schulträgeraufgaben nicht mehr abzusichern. Schon jetzt wird ein gigantischer Mehrbedarf für die Anmietung externer Räumlichkeiten benötigt, weil es trotz der Beschlussfassung im Stadtrat, die Ostschule zu einer Thüringer Gemeinschaftsschule umzubauen bis heute nicht mal eine Planung zur Sanierung des Schulgebäudes gibt. Die Ursachen dafür liegen dieses Mal nicht am Geld, sondern an den selbstorganisierten Problemen in der Struktur der Stadtverwaltung. Dafür Frau Oberbürgermeisterin, sind ausschließlich sie zuständig, nicht der Stadtrat oder das Land. Sie tragen die Verantwortung für den aktuellen Zustand, durch den an vielen Stellen die Arbeit der Verwaltung nicht befördert sondern blockiert wird! (Ostschule - 2015)

– Und wenn wir dann im Vorbericht zu Strukturentscheidungen in der Stadtverwaltung lesen, die Gründung eines neuen Fachdienstes Tiefbau, wäre ein Beitrag zu einer fitten und effektiven Verwaltung, dann lachen darüber wohl nicht nur Stadträte sondern auch Mitarbeiter der Stadtverwaltung, weil doch jeder versteht, hier ging es um die Versorgung eines völlig überforderten Fachdienstleiters Personal – sozusagen um eine Rückkehr in den Sherwood forest. Und apropos Überforderung. Das bis heute 2 Jahre verbraucht ich sage vertrödelt wurden, aber noch immer keine Entscheidung zur Zukunft der Infraprojekt vorbereitet wurde, um endlich die Doppelstrukturen zu beseitigen und die Selbstblockaden aufzulösen, auch dafür trägt nicht der Stadtrat die Verantwortung, denn der hat hier wiederholt Fristverlängerung gewährt. Der zuständige Bürgermeister hat für diese Lösung noch exakt 2 Wochen Zeit um den letzte Fristverlängerung des Stadtrates zu nutzen. (Entscheidung ist das Ziel und nicht Kenntnisnahme von alten Zeitleisten)

Meine sehr geehrte Damen und Herren, auch im Haushaltsplan 2017 finden sie wieder dubiose Zahlen und unbelegte Prognosen. So wurde die Einwohnerzahlprognose gerade diese Woche noch einmal angepasst – damit es sich besser liest – Nicht konstant 100.000 Einwohner werden jetzt bei der mittelfristigen Finanzplanung zu Grunde gelegt, sondern eine steigende, die 2020, die 100.000 Grenze zurückgewinnt....

Maßnahmen dazu dies zu befördern, findet man im HH-Plan keine, selbst das Anreizprogramm was auf Initiative der LINKEN hier vor einem Jahr beschlossen wurde wird nicht aktiv beworben.

Es gäbe noch viel zu sagen, auch zu Einsparpotentialen im Haushalt auch beim Personal. Hier hat ja der Stadtratsbeschluss zum Brand- und Katastrophenschutzbedarfsplan, z.B. die Deckelung der Personalstellen auf den Ist-Bestand vom Jahresbeginn die Folge, dass es dort nicht zu einem weiteren Personalaufwuchs kommt. Auch die Praxis einfach Leasingverträge abzuschließen, wo es keine Investitionsspielräume z.B. bei der Fahrzeugbeschaffung gibt hat Einsparpotential.

Was aber in jedem Fall hier noch anzukündigen ist, dass die Rasenmäher-Praxis bei einer möglichen Haushaltssperre oder auch Bewirtschaftungsreserve keinesfalls wieder zur Anwendungen kommen darf. Dies hat z.B. im Bildungsbereich z.B. bei den Hortbetreuungs-Geldern die fatale Folge, dass sie eben nicht für Maßnahmen in den Ferien zur Verfügung stehen, wenn sie irgendwann kurz vor Jahresende freigegeben werden.

Hier kündige ich an, dass sich im Wiederholungsfall die Notwendigkeit ergibt Haushalts- bzw. Bewirtschaftungssperren, dann zum Gegenstand von Stadtratsbeschlüssen zu machen, damit solch sensible Bereiche ausgeklammert werden.

HSK – ist und bleibt für einen Großteil der Linksfraktion nicht zustimmungsfähig, weil es Wünsche und theoretische Annahmen abbildet, die aber nichts mit der Realität zu tun haben:

Zitat:

„Bei der Erstellung der 4. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 – 2023 hat sich gezeigt, dass ein Abbau der aufgelaufenen Fehlbeträge im **Ergebnishaushalt** bis ins Jahr 2023 nicht möglich ist. Es besteht ein Defizit von ca. 39 Mio. EUR.“ Deswegen 2030.

Das haben sie erst dieses Jahr festgestellt? Und bis letztes Jahr haben sie noch daran geglaubt, wir schaffen den Defizit-Abbau bis 2023? Das ist ein Märchen. Und das weiß auch jeder. Selbst 2013 hat wahrscheinlich niemand daran geglaubt innerhalb von 10 Jahren 100 Millionen einfach mal so einsparen zu können. Fatale Signale bis 2017 Null Investitionen – Planungsvorlauf NULL.

Dazu kommt:

- kein Verlustausgleich für GVB ab 2020 – Wachsender Zuschussbedarf des ÖPNV Beteiligungsgewinne – bitte woher?
- absurde Maßnahmen Kürzung des Schwimmunterrichts um 2 Monate ab 2018 / 6TEuro Ersparnis
- fatale Fehlsteuerungen – Hofwiesenbad: Ziel 460 T Euro + nur zu einem Sechstel erreicht, aber um welchen Preis? 12% weniger Besucher in Bad und Sauna, fast 31.000 Besucher weniger im Jahresvergleich, obwohl Januar noch mit den alte Preisen

Deshalb kann es hier nur eine Enthaltung durch den Großteil der LINKSFRAKTION geben – und das ist schon ein Kompromiss.

Auch vom Personalentwicklungskonzept ist die Linksfraktion keinesfalls überzeugt. Es atmet viel Theorie und hat viel zu wenig praxistaugliche Ansätze....

Jede zweite Stelle nicht wieder zu besetzen..... Keine Antwort zur Umsetzung bei unterschiedlichen Ausgangslagen in den FD.

DIE LINKE kann dem Haushaltsplan zustimmen wenn folgende Ergänzungen in den Beschlusstext aufgenommen werden:

Änderungs- und Ergänzungsantrag zum Haushalt 2017, DS 1/2017

Kein Vollzug des Darlehensvertrages mit der GVB Verkehrs- und Betriebsgesellschaft mbH vor Stadtratsbeschluss über Finanzausstattung

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Haushaltsstellen für die Einnahme- und Ausgabeposition aus der Tilgung des Darlehens mit dem GVB (in Summe 850.000 Euro Einnahmen und Ausgaben in 2017) werden gesperrt und können nur mit Stadtratsbeschluss wieder entsperrt werden.
2. Der vorliegende Wirtschaftsplan der GVB wird als vorläufiger Wirtschaftsplan mit der Auflage beschlossen, dass die Ausgabeposition für die Tilgung des Darlehens bei der Stadt Gera gesperrt wird.
3. Nach Beschlussfassung des Stadtrates über die Finanzausstattung der GVB wird schnellstmöglich ein endgültiger Wirtschaftsplan für 2017 dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Begründung:

Die Oberbürgermeisterin hat angekündigt, dass im April 2017 dem Stadtrat erstmals eine Beschlussvorlage zur Finanzausstattung der GVB zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Zugleich sei mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt, dass auch Entscheidungen im Nachgang des Haushaltsbeschlusses über die Finanzausstattung des GVB bei der Haushaltswürdigung berücksichtigt werden. Bis dahin sollen keine weiteren Fakten durch die nicht legitimierte Darlehensvergabe an den GVB geschaffen werden.